

Stellungnahme zur Nutzung des Areals der Ex-Poliklinik

Weil die neue Bebauung und künftige Nutzung des Geländes der ehemaligen Poliklinik von großer Bedeutung für die Stadtteilentwicklung ist, haben wir uns intensiv mit diesem Thema befasst. In mehreren Mitgliederforen und in begleitender Korrespondenz über unseren vereinsinternen Email-Verteiler verdichtete sich das Meinungsbild schließlich zu folgender Stellungnahme:

- Wir sind der Auffassung, dass allein die ökonomischen Interessen von Caritas und Diakonie es nicht rechtfertigen - entgegen der Bewertung unabhängiger Sucht-Therapie-Fachleute - eine zentrale Substitutionseinrichtung zu schaffen. Wir plädieren vielmehr für eine dezentrale, möglichst auf alle Stadtgebiete verteilte Versorgung der Suchtpatienten in ärztlichen Praxen. Wenn das nicht realisierbar ist, sollte es - unter Bezug auf die Beschlussfassung 2015, die unter Bürgerbeteiligung bereits ein Kompromiss war - bei der Ambulanz im Annagraben in bisheriger Größe bleiben, dann allerdings durch Sozialarbeit besser betreut als derzeit.
- Zum Wohnungsbau befürworten wir die Anregung, regionale Wohnungsgenossenschaften in die Planung einzubeziehen und/oder für die Bebauung auf dem Areal der Ex-Poliklinik eine Genossenschaft eigens neu zu gründen. Die Vorgabe der Stadt, das Areal sei „zu 100 Prozent einer sozialen Nutzung zuzuführen“, können Genossenschaften, die im Sinne der Gemeinnützigkeit wirtschaften, besser erfüllen, als jedes andere geförderte Modell. Im Unterschied zu sonstigen Investoren spekulieren sie nämlich nicht mit der auslaufenden Preisbindung, sondern gewährleisten im Idealfall über Generationen hinaus sicheren und bezahlbaren Wohnraum. Zudem wären die künftigen Bewohner/innen nicht Mieter/innen im üblichen Sinne, sondern hätten als Mitglieder einer Genossenschaft Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte, wodurch eine dauerhafte Identifikation mit dem nachbarschaftlichen Sozialgefüge gefördert wird.
- Als Nachbarschaftsverein betonen wir - in eigenständiger Positionierung - unser besonderes Interesse an einer nachhaltigen sozial ausgewogenen Stadtteilentwicklung. In diesem Sinne wollen wir uns an der kommunalpolitischen Entscheidungsfindung beteiligen.

...

Dezember 2017